

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Daniel Heidler zum Haushaltsplanentwurf 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Jahren habe ich an dieser Stelle direkt mit der Beantwortung der Frage begonnen, ob wir als SPD-Fraktion dem Haushaltsplanentwurf zustimmen.

Ich will heute etwas vorausschicken, was mir angesichts der Situation, in der wir uns befinden, als geboten erscheint.

Wir erleben derzeit eine schwierige Situation, für die es nur einen einzigen Verantwortlichen gibt. Wladimir Putin.

Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Putin einen kaltblütigen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Und das nur aus dem Grund, weil die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer sein eigenes Unterdrückungsregime in Frage stellt.

Die schrecklichen Bilder aus Kiew, Charkiw, Odessa, Mariupol und vielen Orten mehr, zeigen die ganze Skrupellosigkeit, mit der er vorgeht.

Deshalb schicke ich heute vorweg, auch wenn wir in Kamen auf Grund dieses Krieges auf viele Unwägbarkeiten schauen, auch wenn einiges für uns schwieriger wird: **Wir bleiben solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Die Menschen haben unsere Solidarität!**

Und meine Fraktion ist stolz darauf, dass wir in einer Stadt leben, in der sich Menschen willkommen fühlen dürfen, die vor diesem schlimmen Krieg flüchten mussten.

Deshalb gilt es vorweg Dank an all diejenigen zu sagen, die die Aufnahme vor Ort organisieren. Dazu gehört natürlich die Stadtverwaltung, aber eben auch eine Reihe ehrenamtlicher Organisationen und freiwilliger Unterstützer. **Danke an alle!**

Aber ja, die von mir beschriebene Solidarität erfordert viel von uns. Gestiegene Energiepreise und allgemeine Inflation machen nicht nur jedem Einzelnen Schwierigkeiten, sondern sie engen auch das Feld kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit ein. **Aber verglichen mit dem Schicksal und der Situation vieler Menschen in der Ukraine muss ich auch sagen: Uns geht es immer noch verdammt gut. Auch das gehört zur Wahrheit.**

Als der Kreiskämmerer Ende August sein erstes Eckwertepapier zur Aufstellung des Kreishaushaltes vorgestellt hat, bin ich nicht mehr davon ausgegangen, dass es uns gelingen wird, einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2023 vorzulegen.

Kolleginnen und Kollegen aus allen zehn Städten und Gemeinden des Kreises ist es genauso gegangen.

Wir mussten mit einer Erhöhung der Kreisumlage um 41,7 Millionen Euro rechnen. Zudem mussten die eigenen Mehraufwendungen, die sich aus den gestiegenen Kosten ergeben, im Haushalt abgebildet werden.

Was den Kreis betrifft, so gibt dieser die gestiegenen Kosten für die Kosten der Unterkunft weiter, sowie die gestiegene Umlage des Landschaftsverbands Westfalen Lippe. Jede dieser genannten Einzelpositionen macht alleine 15 Millionen Euro aus.

Nur Steigerung! Insgesamt belaufen sich die sozialen Transferleistungen des Kreises Unna auf 250,44 Millionen Euro, wobei der kommunale Anteil bei 121,71 Millionen Euro liegt. Eine Steigerung zum Vorjahr um **31,52 Prozent**.

Dabei will ich nicht falsch verstanden werden. Der Sozialstaat, wie wir ihn in Deutschland kennen, ist die größte Kulturleistung des 20. Jahrhunderts.

Die Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistung muss aber so erfolgen, dass die kleinste staatliche Ebene, die Kommune, nicht von dieser erdrückt wird.

Wenn wir uns den städtischen Haushalt ansehen, stellen wir fest, dass die Transferaufwendungen mit 63,6 Millionen nach wie vor der dickste Brocken sind.

Fundamentale Steigerungen in diesem Bereich, können all das zu Nichte machen, was durch mühevollen Kraftanstrengungen in jahrelanger Haushaltskonsolidierung gelungen ist.

So stolz wir auf diese Konsolidierungsleistung auch sind, so machtlos fühlt man sich als Kommunalpolitiker, wenn eine Situation zurück auf „Los“ stellt und man eigentlich wieder von vorne beginnen muss.

Bei allem Gestaltungsanspruch, den wir Sozialdemokraten niemals aufgeben werden, sage ich, ohne eine grundlegende Veränderung der Finanzbeziehungen zwischen den staatlichen Ebenen ist dies für Kommunen, die wie wir die Erfordernisse des Strukturwandels zu tragen haben, nicht dauerhaft durchzuhalten.

Wo stehen wir jetzt? Die Ministerin für Heimat, Kommunales Bau und Digitalisierung des Landes, Frau Scharrenbach hat im September angekündigt, dass es erneut ein Gesetz geben wird, das ermöglichen wird nicht nur coronabedingte Mindereinnahmen und

Mehraufwendungen aus dem eigentlichen Haushalt herauszunehmen. Auch Mindereinnahmen und Mehraufwendungen die Folge des Krieges sind, können isoliert werden.

Der Landtag ist im November diesem Vorschlag gefolgt.

Technisch buchen wir diese Mindereinnahmen und Mehraufwendungen als außerordentliche Erträge im Ergebnisplan.

Jede kaufmännische Logik wird damit auf den Kopf gestellt.

Oder einfach formuliert: **Wir buchen Schulden als Einnahmen**

Für das Jahr 2023 7,6 Millionen Euro

Sie sehen mich auf der einen Seite erleichtert. Wie hätte es uns kurzfristig gelingen sollen, 7,6 Millionen Euro einzusparen, ohne wichtige Eckpfeiler der kommunalen Daseinsfürsorge zu zerstören? Es wäre schlicht nicht gegangen.

Auf der anderen Seite werden die Lasten, die hier entstehen, nun in die Zukunft verschoben. Ab 2027 werden die Haushalte diese so genannten Bilanzierungshilfen abschreiben müssen. Damit wird das Prinzip der Generationengerechtigkeit, was einmal eine Grundüberlegung für die Einführung der doppelten Haushaltsführung war, ad Absurdum geführt.

Und ich erlaube mir die Frage: Wenn die Landeregierung erkannt hat, dass die Kommunen ohne Hilfe nicht mehr klar kommen, warum hat man den Kommunen dann nicht Hilfe zukommen lassen?

Das Land NRW hat in 2022 Steuermehreinnahmen von 20 Milliarden Euro verbuchen können. Die Kommunen haben davon über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1 Milliarde bekommen. **Das ist ein Missverhältnis zu Lasten der Kommunen und mindestens Verrat an der Fürsorgepflicht.**

Die Kommunen sind Teil der Länder. Dieser simple Satz aus dem Grundgesetz beschreibt nicht nur einen organisatorischen Rahmen, sondern auch eine Verpflichtung. Und dieser muss die Landesregierung nun endlich gerecht werden.

Die neue Landeregierung hat dabei notwendige Themen in ihrem Koalitionsvertrag beschrieben. Altschuldenlösung, Ermöglichung kommunaler Investitionen in Klimaschutz, Überarbeitung des Gemeindefinanzierungsgesetz, Veränderungen der Systematik des NKF.

Alle Themen richtig identifiziert. Aber, wenn man es ernst meint, dann muss man auch mal anfangen damit. Bisher ist ein politischer Weg zur Umsetzung dieser Überschriften nicht einmal im Ansatz erkennbar.

Was heißt das für uns? Die SPD-Fraktion wird die Verantwortung des Landes für seine Kommunen immer und immer wieder ansprechen. Und ich lade alle hier im Hause ein, das mit uns **gemeinsam** zu tun. Es geht nämlich mittlerweile um nichts weniger als die kommunale Handlungsfähigkeit an sich.

Aber ja, da wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Stadt nie auf andere verlassen haben, werden wir ab 2023 in die Überlegung gehen, wo es mögliche Einsparpotenziale gibt. Wir müssen darüber intensiv diskutieren, denn wir haben nicht nur eine Verantwortung für die Haushalte bis 2025, sondern auch für die, die danach kommen.

Und diese Verantwortung gilt nicht nur für die Sozialdemokratische Fraktion in diesem Haus. Sie gilt für Alle, die im Jahr 2020 um Vertrauen geworben haben und Verantwortung bekommen haben. Verantwortung für das hier und jetzt, aber auch zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt kamen.

Das setzt dann auch voraus, dass man beim Forcieren von Einzelthemen die Gesamtheit von Verantwortung nicht aus dem Blick verliert.

Trotz aller beschriebenen Sorgen gelingt es mit dem Haushalt 2023 Investitionen in die Zukunft der Stadt abzubilden. Wiederum finden sich Investitionen in das städtische Gymnasium, die sich bis in das Jahr 2026 auf 26, 5 Millionen Euro belaufen werden.

Wir investieren in Sportstätten unserer Stadt und damit an Orten, wo Gemeinschaft und Teamgeist erfahrbar werden. Die Modernisierung der Umkleidekabinen am Jahnstadion für 1,2 Millionen seien hier nur beispielhaft erwähnt.

Wir betreiben Aufwand von 187.000 Euro für das Umweltmanagement, um Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept umzusetzen und haben ein energetisches Quartierskonzept für Kamen-Methler etatisiert.

Wir investieren in neue Löschgruppenfahrzeuge, in die Verbesserung der Nahmobilität und in die Kitalandschaft und damit in Sicherheit, Klimaschutz und Chancengerechtigkeit.

Das muss ein Haushalt auch. Denn ein Haushalt ist kein Selbstzweck. Er ist geschriebene Politik und muss das Leben der Menschen besser machen.

Ohne diesen Haushalt würde es für die Stadt Verbesserungen nicht geben. Das muss jedem klar sein, der heute gegen den Haushalt stimmt.

Die Sozialdemokraten im Rat der Stadt Kamen stimmen zu.

Glückauf !

(es gilt das gesprochene Wort)

